

Corona-Krise als Chance

Geschlossene Grenzen zum Schengen-Jubiläum und Ausgangsbeschränkungen zum Europatag? Niemand hat sich noch vor wenigen Wochen vorstellen können, dass es einmal soweit kommt. Unter völlig anderen Vorzeichen als gewohnt starten wir in die Europawoche 2020. Ja, sie findet statt, auch wenn uns gerade das, was wir als Europa-Union am besten können, verwehrt ist: Direkte Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern bei Stammtischen, an Infoständen, auf Straßen und Marktplätzen – all das muss nun im neuen Format, digital, stattfinden.

Im Eiltempo haben sich unsere Kreis- und Landesverbände und natürlich auch die Bundesgeschäftsstelle darauf eingestellt und neue Ideen entwickelt: von der Online-Verbandsakademie bis zu digitalen Bürgerdialogen. Denn gerade angesichts der existenziellen Herausforderungen, die diese Krise an unsere Gesellschaften, unser Zusammenleben, den Fortbestand die EU stellt, ist die öffentliche Debatte besonders wichtig. Wie wollen wir künftig zusammenleben, einander solidarisch unterstützen, unsere europäischen Interessen wahren, auch globalen Machtbestrebungen einiger Großmächte wirksame Selbstbehauptung entgegensetzen?

Das EUD-Präsidium hat sich bei seiner ersten virtuellen Sitzung Ende April darüber Gedanken gemacht und fordert ein Wiederaufbauprogramm für Europa mit gemeinsamen Anleihen. Das Förderprogramm müsse jedoch an strenge Bedingungen geknüpft sein: „EU-Staaten und Beitrittskandidaten, die von dem Wiederaufbauprogramm profitieren wollen, müssen alle demokratischen und rechtsstaatlichen Standards erfüllen, wie sie auch Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU sind.“ EUD-Präsident Rainer Wieland fordert zudem umfassende parlamentarische Kontrolle: „Das Europäische Parlament muss gleichberechtigt mit dem Rat über den Mitteleinsatz und die Programmwirksamkeit wachen.“



Ratspräsident allein zuhause: In Corona-Zeiten arbeitet auch Brüssel hauptsächlich mit Videokonferenzen. Hier gibt Charles Michel vor leeren Rängen eine Pressekonferenz zum EU-G5-Sahel-Gipfel.

Foto: European Union

Nicht ohne Grund zitiert der Präsidiumsbeschluss den berühmtesten Satz aus der Schumann-Erklärung vom 9. Mai 1950: „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“ 70 Jahre ist es her, dass diese Worte geschrieben wurden, vor 75 Jahren ging der 2. Weltkrieg zu Ende. Gerade angesichts solcher Jahrestage und des Rückfalls in nationale Reflexe



heute ist der Slogan unserer diesjährigen Kampagne „Besser zusammen“ aktueller denn je. Unter diesem Motto suchen und führen wir weiterhin den Dialog mit der Gesellschaft. Wir lassen uns von der Ausnahmesituation nicht unterkriegen und stellen uns um: Was vor zwei Monaten noch undenkbar schien, wird heute bereits mit Erfolg praktiziert. In kürzester Zeit haben sich EUD und JEF den neuen Herausforderungen für Vereins- und Öffentlichkeitsarbeit gestellt. Kreativität ist gefragt – ob für Vor-

standsberatungen, Schulungen oder Dialog-Angebote. Das Gute daran: Im Gegensatz zu Live-Veranstaltungen können sich bei digitalen Formaten auch Interessierte aus anderen Ecken des Landes zuschalten. Wir alle sind jetzt in einer Phase des Dazulernens, Ausprobierens, Trainierens. Und wie fast jede Krise bietet auch diese neue Chancen, nicht nur für die Reichweite unserer Veranstaltungen, sondern auch für die Möglichkeiten des Austauschs, der Kommunikation und des gemeinsamen Arbeitens.

Nutzen wir diese Chancen und machen das Beste aus dieser beispiellosen Krise. Europa braucht uns jetzt. ■

Aus dem Inhalt

Alles virtuell Europa-Arbeit online	4
Grenzen wieder öffnen! Aktionen im Saarland	5
#WeAreInThisTogether Solidarität mit Italien	16

Europa ist handlungsfähig Wir brauchen einen Marshallplan für Europa

Europäische Handlungsfähigkeit und Solidarität bewiesen die EU-Finanzminister, als sie sich am 9. April einigten – auch wenn sie hinter den von einigen Staaten vehement geforderten Corona-Bonds zurückbleiben. Darüber sind sich EUD-Präsident Rainer Wieland und EUD-Generalsekretär Christian Moos einig. In einem Beitrag für das europäische Nachrichtenportal euractiv.de zogen sie eine Zwischenbilanz der notwendigen Maßnahmen:

Die Beschlüsse reichen durchaus weit, wären vor der Pandemie kaum vorstellbar gewesen. De facto können EU-Staaten nun milliardenschwere Hilfsmittel des Europäischen Stabilitätsmechanismus abrufen, ohne dass sie dafür nennenswerte Bedingungen erfüllen müssen. Für die Inanspruchnahme der Hilfen ist lediglich die Verpflichtung erforderlich, sie zur Bekämpfung der unmittelbaren Folgen der Corona-Krise zu verwenden: für die Patienten, die Prävention und zur Stärkung des Gesundheitswesens.

„Die Beschlüsse wären vor der Pandemie kaum vorstellbar gewesen.“

Die Europäische Investitionsbank erweitert ihre Kreditvergabe zu günstigsten Konditionen nicht nur für Staaten, sondern auch für kleine und mittlere Unternehmen. Auch das SURE-Programm der Europäischen Kommission, ein europäisches Kurzarbeitergeld, hat mit 100 Milliarden Euro einen beachtlichen Umfang.

In den neuen und bereits vorhandenen, auf- und umgerüsteten Instrumenten und Programmen liegt bereits ein großes Maß an Risikoteilung und eine neue Qualität der Solidarität. Dies ist nicht eben wenig! Die Krise wird – je nach Dauer – die europäischen Volkswirtschaften in eine erhebliche Rezession führen. Es ist mehr als eine mathematische Übung, dass allein der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts das Verschuldungskriterium in die Höhe treibt und die Volkswirtschaften an den Rand ih-

rer Schuldentragfähigkeit zu führen droht – und manche auch darüber hinaus.

Diese Folgen der Corona-Seuche und die Aufgabe, Europa wirtschaftlich so rasch als möglich mindestens wieder dorthin zu führen, wo wir vor der Krise waren, sind so groß, dass die beschlossenen Maßnahmen – so wuchtig sie bereits sind – perspektivisch nicht ausreichen werden. Das angesichts der beeindruckenden Maßnahmen einvernehmlich nur grundsätzlich behandelte und vertagte Thema gemeinsamer Anleihen wird deshalb bald wieder auf der Tagesordnung erscheinen.

„An einem gemeinsamen Anleihemarkt wird kein Weg vorbeiführen.“

Niemand weiß, wann wieder Normalität herrschen wird, ob noch in diesem Jahr oder erst 2021. Die wirtschaftlichen Folgen der Seuche werden in jedem Fall dramatisch sein. Das gilt für Deutschland wie für ganz Europa, für alle EU-Mitgliedstaaten, die EU, aber auch die Welt insgesamt. Die Staatsverschuldung wird überall massiv zunehmen.

Insbesondere für die Eurozone ist das ein gravierendes Problem, weil die Diversität der Fiskalpolitiken und staatlichen Refinanzierungsbedingungen bei einheitlicher Geldpolitik zu einer Unwucht führt, die dazu angetan ist, die Statik des Euro erneut in eine erhebliche Schieflage zu bringen.

Wenn Europa nicht auch wirtschaftlich zu einer zweit- bis drittrangigen Macht herabsinken und seine relative Unabhängigkeit verlieren will, wird kein Weg an einem gemeinsamen Anleihemarkt vorbeiführen. Europa insgesamt, auch die Beitrittskandidaten auf dem Westbalkan, wo der Einfluss von dritten Mächten bereits sehr groß ist, werden ein Wiederaufbauprogramm benötigen.

Ein europäischer Marshallplan ist tatsächlich geboten und sollte weitsichtig als Zukunftsinvestition beurteilt werden. Die USA investierten massiv in die westeuropäische

und damit letztlich in die eigene Sicherheit und die Durchsetzung der Demokratie im kriegszerstörten, ihrem Einflussbereich zuzurechnenden Teil Europas. Die europäische Einigung, die mit der Schuman-Erklärung ihren Anfang nahm, steht damit in engstem strategischem Zusammenhang.

„Zur Solidarität gehört auch Solidität.“

Europäische Anleihen gilt es nun auch strategisch zu beurteilen. Das bedeutet nicht, dass eine gemeinsame Schuldnerhaftung frisches Geld für alte Probleme beschafft und jeder Staat machen kann, was er will. Zur Solidarität gehört auch Solidität. Haftung kann nicht völlig von Verantwortung entkoppelt werden, wenn Europa mit der Zuversicht, die in einem Teil des Kontinents geschaffen werden soll, Akzeptanz im anderen nicht verlieren will.

Die Frage ist nur, wie diese Auflagen vereinbart und ihre Einhaltung überwacht werden. Das muss – anders als in der Staatsschuldenkrise – in einer Balance geschehen, die Augenhöhe sichtbar macht und Gemeinsamkeit spürbar. Ob dafür der Streit in den Gräben alter Begrifflichkeiten zielführend ist, darf bezweifelt werden.

Sollten die EU-Verträge europäische Anleihen aufgrund der No-Bailout-Regel nicht zulassen, könnten gemeinsame Schuld-scheine auf völker- und bis zu einer Vertragsänderung nicht auf europarechtlicher Grundlage vereinbart werden. Dies würde zudem die Möglichkeit eröffnen, Anforderungen an die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit der beteiligten Länder zu stellen. Solche Auflagen täten nämlich angesichts der Entwicklungen in einzelnen EU-Staaten not, zumal dem EU-Recht nicht zuletzt aufgrund des Einstimmigkeitsgebots in Rechtsstaatsverfahren effektive Hebel für Sanktionen fehlen.

„Bleiben die gemeinsamen Antworten zu schwach, droht der EU das Ende.“

Es steht zu hoffen, dass den Staats- und Regierungschefs bewusst ist, wie viel

auf dem Spiel steht. Bleiben die gemeinsamen Antworten zu schwach, droht der Währungsunion der Zerfall und damit auch der in vielen politischen Fragen zutiefst gespaltenen EU das Ende. Dann wird China in Europa Entwicklungshilfe leisten und mit seiner Macht auch sein Herrschafts- und Gesellschaftsmodell projizieren. Das Reich der Mitte ist längst dabei, den Kontinent von seinen Rändern her unter seine Kontrolle zu bringen. Und

auch das zwar wirtschaftlich nicht wettbewerbsfähige, militärisch aber hochgerüstete Russland nutzt jede westliche und europäische Schwäche, um seine Macht auszudehnen.

Wer meint, die Frage europäischer Anleihen sei nur mit nationaler Brille zu betrachten, der wird, wenn sich diese Haltung durchsetzt, ein böses Erwachen erleben. ■



Präsidium fordert Wiederaufbauprogramm

„Die Corona-Krise stellt alle bisherigen Herausforderungen in den Schatten, erfordert gemeinsames und solidarisches Handeln auf der Basis unserer europäischen Werte.“ – Mit dieser Begründung fordert die Europa-Union ein Wiederaufbauprogramm für Europa. Hier der Beschluss des Präsidiums vom 24. April im Wortlaut:

**„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“
(Zitat aus der Schuman-Erklärung, 9. Mai 1950)**

Seit zwei Jahrzehnten erschüttern tiefe Krisen die Welt und besonders auch Europa. Die dichte Abfolge dieser Krisen hat zu inneren Spaltungen in der EU beigetragen. Die aktuelle Corona-Krise stellt alle bisherigen Herausforderungen in den Schatten und droht, die Europäische Union zu zerstören.

Die Beherrschung der Seuchenfolgen erfordert mehr gemeinschaftliche europäische Maßnahmen und nicht weniger, denn die Krise ist nicht das Verschulden einzelner Mitgliedstaaten. Daher braucht es für die Bewältigung der langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Corona-Folgen dringend gemeinsames, solidarisches Handeln und gesamteuropäische Lösungen, die Teil unserer europäischen Werte sind.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland fordert in Ergänzung zu den bereits auf EU-Ebene beschlossenen Sofort-

maßnahmen ein Wiederaufbauprogramm für Europa. Ein solches Programm für die europäische Wirtschaft sollte folgende Elemente enthalten:

- gemeinsame, zweckgebundene Wiederaufbauanleihen zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in wettbewerbsfähigen Unternehmen,
- Unterstützung der erforderlichen Transformationsprozesse im Zusammenhang mit den Zielen der Klimapolitik, der nachhaltigen Entwicklung und der europäischen Säule sozialer Rechte,
- Investitionen in zukunftsfeste Infrastrukturen, innovative Wertschöpfung und eine Industriepolitik, die systemrelevante Produktionen innerhalb der EU sichert,
- parlamentarische Kontrolle des Einsatzes der Mittel für die Zwecke des Programms,
- gemeinsam von Rat und Parlament unter Aufsicht der Kommission festgelegte Hilfen, die direkt an Begünstigte und nicht an Regierungen gehen.
- Alle aktuellen und perspektivischen EU-Beitrittskandidaten sind über günstige Darlehen der Europäischen Investitionsbank und weitsichtige Förderprogramme in das europäische Wiederaufbauprogramm einzubeziehen.

Das Programm sollte

- höchste Anforderungen an alle beteiligten Staaten hinsichtlich ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Verfasstheit stellen und
- gemeinsame Zielvorgaben für gemeinsame Reformen im gesamten europäischen Mehrebenensystem formulieren,
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sichern,

- Korruption und Machtmissbrauch bekämpfen,
- Wettbewerb, Innovation und Unternehmertum fördern und
- den sozialen Zusammenhalt u. a. durch gute Arbeit, faire Löhne, sichere Renten, zugängliche und hochwertige Gesundheitsversorgung sowie durchlässige und leistungsorientierte Bildungssysteme sicherstellen und verbessern.

Als Konsequenzen aus den Erfahrungen der Corona-Krise fordert die Europa-Union Deutschland darüber hinaus:

- einen gestärkten EU-Haushalt mit höheren Eigenmitteln,
- die Aufstockung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank,
- größere Kompetenz der EU bei der Entwicklung gemeinsamer Katastrophenschutz-, Risikoversorge- und Krisenaktionspläne, insbesondere im Bereich der Gesundheitspolitik.

Beim Wiederaufbauprogramm darf die gebotene internationale Selbstbehauptung Europas und die wirksame Interessenwahrung durch die EU angesichts fortbestehender großer Herausforderungen der Globalisierung, des Machtstrebens von Großmächten und des Klimawandels nicht vernachlässigt werden. ■



Digitale Zeitenwende – auch für die Europa-Union!

Verbandsarbeit in Lockdown-Zeiten

Durch die Corona-Pandemie ist vieles, was für die Verbandsarbeit zuvor selbstverständlich und alltäglich war, nicht mehr möglich: Stammtische, Seminare, Straßenaktionen und Diskussionsveranstaltungen können ebenso wenig durchgeführt werden wie Gremiensitzungen. Unsere Kreis- und Landesverbände stellen sich diesen aktuellen Herausforderungen – und das mit Erfolg!

Viele begreifen die Krise als Chance und nutzen die Gelegenheit, die Digitalisierung des Verbandes voranzubringen. Was vor drei Monaten noch undenkbar schien, wird heute vielerorts schon von unseren Aktiven praktiziert: Telefon- und Videokonferenzen machen Vorstands- und Teamabsprachen auch ohne persönlichen Kontakt möglich. Gremien und Arbeitsgruppen aller Verbandsebenen nutzen bereits solche Möglichkeiten. Dass Beratungen via Videoschleife auch mit einer größeren Personenanzahl funktionieren, erprobten – quasi als Vorreiter – das EUD-Präsidium und die Landesgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer bei ihren digitalen Tagungen bereits im April. Es zeigt sich, dass Vorbehalte gegenüber der Nutzung digitaler Kommunikationsmittel leicht aufzulösen sind. Eine Vielzahl von Anbietern offeriert kostenlose oder preisgünstige Lösungen, die keine besonderen technischen Vorkenntnisse voraussetzen. Jeder, der das Internet nutzt, ist in der Lage, solche „Tools“ zu nutzen und an virtuellen Treffen teilzunehmen. Auch wenn diese Lösungen persönliche Zusammenkünfte auf Dauer nicht ersetzen können und sollen, ermöglichen sie doch gerade in ungewissen Zeiten wie diesen die Arbeitsfähigkeit der Verbände. Zudem machen wir jetzt die Erfahrung: Es spart Zeit und Geld, sich aus den unterschiedlichen Ecken der Republik mal eben im digitalen Raum zusammenzufinden, anstatt aufwendig für eine Präsenzsitzung anzureisen. Unbestreitbare Vorteile, die nicht nur im derzeitigen Krisenmodus nutzbar gemacht werden können. Auch für unsere Öffentlichkeitsarbeit eröffnen sich auf diesem Wege neue Perspektiven: Durch digitale

Formate erhöht sich die Reichweite unserer Angebote, können mehr Personen und Zielgruppen angesprochen werden. Europa-Union und JEF haben deshalb die Reihe „verbands:stift online“ ins Leben gerufen, um die ehrenamtlich Aktiven fit für das digitale Vereinsleben zu machen. Ende April haben die ersten beiden Ausgaben dieser gemeinsamen Online-Verbandsakademie mit jeweils über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden.

Die Bundesgeschäftsstelle hat eine umfangreiche Liste von Angeboten für digitale Kommunikation zusammengestellt und steht für Rückfragen zur Verfügung (Anfragen unter: info@europa-union.de).

Kostenlose Onlineschulungen zu diesen Themen bietet u. a. Das Haus des Stiftens an: www.haus-desstiftens.org/non-profits/webinare/



Foto: Pexels/Marcus Aurelius

Bürgerdialoge online

Auch die Bürgerdialogreihe des Bundesverbandes steht vor der Herausfor-

derung, dass klassische Veranstaltungen auf absehbare Zeit nicht im gewohnten Rahmen möglich sein werden. Dabei ist es gerade jetzt wichtig, den gesellschaftlichen Diskurs und Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern und den Bürgern am Leben zu erhalten. Auch hier setzen wir jetzt auf digitale Lösungen. Der Vorteil: Die Veranstaltungen sind nicht mehr auf den lokalen Raum beschränkt, Interessierte können von überall teilnehmen und via Videokonferenz und Chatfunktion mit Politikern und Experten in Austausch treten. Der erste große Praxistest erfolgte in der Europa-woche mit zwei moderierten Onlinediskussionen, die mit nahezu 100 Teilnehmenden „ausgebucht“ waren.

Im digitalen Format wird auch die Kooperation mit den Kreisverbänden bei den sogenannten Quartiersgesprächen fortgesetzt. Interessierte Verbände können sich beim Team der Bürgerdialoge melden, das ihnen mit Rat und Tat bei der Umsetzung gemeinsamer Onlineaktivitäten zur Seite steht. Durch das Bündeln von Kräften kann die Reichweite und somit auch der Erfolg unserer Veranstaltungen erhöht werden. Erste gelungene Kooperationen gibt es bereits mit der Reihe #JEFonline der JEF Sachsen-Anhalt, dem digitalen Café Europa des Landesverbandes Berlin und den Onlinegesprächen mit Parlamentariern der Europa-Union Baden-Württemberg.

Alle Veranstaltungen der Bürgerdialogreihe unter: www.eud-buergerdialoge.de/veranstaltungen und auf Facebook: www.facebook.com/EUDBuergerdialoge/

JETZT MITMACHEN: Melden Sie ihre Onlineveranstaltungen bei den Bürgerdialogen oder entwickeln Sie mit uns neue Formate! Kontakt: ronny.rammelt@europa-union.de, ricarda.thimm@europa-union.de, janine.topaloglu@europa-union.de; Telefon: (0 30) 3 03 62 01 33

Saarland

Für eine gemeinsame Krisenbewältigung

Mit der Absicht, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, hatte das Bundesinnenministerium beschlossen, ab dem 17. März vorübergehend wieder Grenzkontrollen zu manchen Nachbarländern einzurichten.

Im Saarland ist die Bevölkerung aufgrund der Grenzlage und wegen der vielfältigen, gewachsenen Verflechtungen mit der Großregion stark von dieser Maßnahme betroffen. Die vielen tausend Grenzpendlerinnen und -pendler, der freie Warenverkehr, grenzübergreifende Nahversorgungszentren und enge soziale Beziehungen über die Grenzen hinweg sind für das Bundesland existenziell.

Das Saarland selbst hat durch die Freizügigkeit des Schengener Abkommens auf vie-

len Ebenen enorm profitiert. Vom wenig bedeutsamen Fleck am Rande der Bundesrepublik und vom ehemaligen Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich ist das Saarland Teil des Herzens von Europa geworden, dort, wo die Ursprünge der Europäischen Union liegen. Der kleine Flächenstaat hat eine Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Deutschland eingenommen. Mit der im Jahr 2014 gestarteten Frankreichstrategie soll Französisch hier zur Verkehrssprache werden.

Die Europa-Union Saar sieht sich in der Verantwortung, darüber zu wachen, dass das Saarland weiterhin auf Austausch und Kooperation setzt – auch und gerade in Krisenzeiten.

Der Landesverband Saar hat daher Anfang April einen Aufruf an die saarländische Landesregierung, die Bundesregierung sowie die Europäische Kommission gestartet mit der Forderung, unverzüglich alle Grenzübergänge zwischen dem Saarland und Frankreich sowie Luxemburg zu öffnen. Das bedeutet, die eingerichteten Straßensperren an den Grenzüber-

gängen zu entfernen. Grenzkontrollen können zum Zwecke der Eindämmung der Pandemie für einen terminierten Zeitraum fortgesetzt werden. Dabei sollen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Nichtdiskriminierung und der geltenden Regeln des Schengener Grenzkodexes eingehalten werden.

Mehr als 200 Personen haben inzwischen den Aufruf unterstützt. Darunter befinden sich viele namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft der Großregion, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger mit grenzübergreifenden Lebensentwürfen.

„Wir können die Corona-Krise in Europa nur gemeinsam bewältigen“, unterstreicht die Landesvorsitzende Margriet Zieder-Ripplinger. Es brauche jetzt die Solidarität aller, besonders die der deutschen Bundesregierung, um das europäische Projekt zu retten und mit den Partnern zusammen in Richtung Krisenfestigkeit weiterzuentwickeln.

Verantwortlich: Jonas Heintze



Weg mit den Sperren: Die Europa-Union Saar fordert die unverzügliche Wiederöffnung der Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg.

Fotos: EUD Saarland



25 Jahre Schengen

Grenzen ohne Schlagbäume: Am 26. März 1995 wurde der Schengen-Raum Realität. Die Grenzkontrollen zwischen Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten, Spanien und Portugal wurden abgeschafft. Und ausgerechnet zum 25. Jubiläum dieser Errungenschaft kam Corona.

Offene Grenzen zwischen den EU-Staaten sind seit jeher ein Kernanliegen der Europäischen Föderalisten. Bereits in den 1950er-Jahren gab es Aktionen der Europa-Union und ihrer europäischen Schwesterverbände an den innereuropäischen Grenzen. Damit verliehen sie ihrer gemeinsamen Forderung nach einem vereinten, demokratischen und föderalen Europa Ausdruck.

Für Generationen junger Europäerinnen und Europäer ist die Rei-

sefreiheit im Schengenraum heute Normalität. Wie wertvoll und zerbrechlich diese jedoch ist, zeigt sich in diesen Tagen.

Grenzsicherungen mögen wie Ausgangssperren die Ultima Ratio in höchster Not sein. Besser wären koordinierte und zeitgleiche Maßnahmen überall in der EU. Bei der Bewältigung dieser Krise kommt es auf europäische, wenn nicht weltweite Zusammenarbeit an. In der Beschaffung, in der Suche nach Impf- und Wirkstoffen gegen das Virus und bei der Behandlung Schwersterkrankter müssen die EU-Staaten gemeinsame Lösungen finden. Wenn die Mitgliedstaaten sich nun abschotten statt einander in der Not zu helfen, droht die europäische Idee nachhaltig Schaden zu nehmen. Gefragt ist europäische Solidarität.

Christian Moos, EUD-Generalsekretär

Luxemburg

Themen aus zwei Ländern

Mit Elan ist die Europa-Union Luxemburg (EUL) in das neue Jahr gestartet mit deutschen und luxemburgischen Themen, die im europäischen Kontext diskutiert wurden. Ob deutsche Schuldenbremse, Luxemburger Verkehrsprobleme oder Grenzen des Binnenmarktes an den Binnengrenzen – das deutschsprachige Publikum war informiert, oft selbst betroffen, definitiv interessiert und engagiert!

Hüter zur Schwarzen Null

Am 4. Februar war der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Michael Hüther, zu Gast, um das Spannungsfeld von Fiskaldisziplin und kreditfinanzierter Investitionstätigkeit zu diskutieren. Hüther erläuterte, dass es sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene einen großen Investitionsbedarf bei den Themenkomplexen Klimawandel, Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur gebe und

Für Deutschland erläuterte er sein Konzept eines Deutschlandfonds, der Strukturinvestitionen in großem Maßstab erlauben soll, ohne den Staat von seiner fiskalischen Disziplin zu entbinden. Er empfahl einen ähnlichen Ansatz auch für Europa. Mit der in Luxemburg ansässigen Europäischen Investitionsbank, welche Europa-Union-Mitglieder im Januar bei einem exklusiven Event besichtigen durften, würde ein Finanzierer eines solchen Investitionsprogrammes zur Verfügung stehen.

Die Veranstaltung war die bisher größte unseres noch jungen Auslandsverbands und wurde von der Luxemburger Presse mit ausführlichen Artikeln rezipiert.

Binnenmarktp Probleme im Fokus

Da mittlerweile fünf der sechs Luxemburger MdEP Mitglieder bei der EUL sind, wurde am 27. Februar eine Auftaktveranstaltung mit zwei Mitgliedern dieser Parlamentariergruppe veranstaltet. Charles Görens von den Luxemburger Liberalen (Demokratische Partei) und Marc Angel von den Sozialdemokraten (Lëtzeburger Sozialistesch Aarbechterpartei) diskutierten Schwachstellen des Europäischen Binnenmarktes, die insbesondere in innereuropäischen Grenzregionen zu spüren sind, etwa die Unmöglichkeit, auf der anderen Seite des Grenzzauns eine Versicherung abzuschließen oder die Weigerung mancher deutscher Online-Shops, die Ware nach Luxemburg zu liefern.

Es gab parteiübergreifende Einigkeit darüber, dass der Binnenmarkt überragende Bedeutung hat für die Europäische Union und

daher weiterentwickelt werden muss. Gleichmaßen übereinstimmend bestand die

Ansicht, dass es die Mitgliedstaaten seien, die hier die Bremsen betätigten.

Luxemburger Mobilitätswende

Am 4. März diskutierte die EUL mit dem Luxemburger Verkehrsminister François Bausch und dem Trierer Verkehrsexperten Prof. Dr. Roland Trapp über die Luxemburger Mobilitätswende und ihren Modellcharakter für Europa. Luxemburg hat durch einen Bevölkerungszuwachs von 40 Prozent in den vergangenen 20 Jahren und einen noch stärkeren Zuwachs von Berufspendlern aus Deutschland, Frankreich und Belgien mit einem Anstieg des Nahverkehrs zu kämpfen, der außergewöhnliche Maßnahmen erfordert. So ist seit dem 1. März 2020 der öffentliche Nahverkehr



Verkehrsminister François Bausch (Mitte) diskutiert mit Prof. Roland Trapp (Uni Trier) und Stefan Kohler (EUL) über neue Wege beim ÖPNV.

des ganzen Landes kostenlos, und die öffentlichen Pro-Kopf-Investitionen in den ÖPNV sind mit über 600 Euro die höchsten in Europa (Deutschland: 63 Euro). Das starke finanzielle Engagement in den öffentlichen Nahverkehr hat sicherlich Modellcharakter. Kritisch wurde angesehen, dass der private Nahverkehr, der mehr Raum beansprucht und daher ineffizienter ist, auch in Luxemburg noch viel zu günstig ist und damit die Anreize zum Umstieg in den ÖPNV nicht groß genug sind. Solche Probleme und ihre Lösungen sind hochaktuell für alle europäischen Ballungszentren – nicht ohne Grund war eine Pressevertreterin aus Italien zur Veranstaltung gekommen.

Verantwortlich: Martin Hillebrand



Professor Hüther (Mitte) mit Vorstandsmitgliedern der Europa-Union, der Deutschen Bank Luxemburg und des deutschen Ökonomenverbandes BDVB
Fotos: EUD Luxemburg

gleichzeitig das Kapitalmarktumfeld extrem günstige Finanzierungsmöglichkeiten biete.

Hessen

Jahresauftakt mit heißen Eisen

Die erste große Veranstaltung des Landesverbands fand in der „Alten Aula“ in Wetzlar statt. Angesichts des Wahldebakels in Thüringen hat sich der Landesvorsitzende Thomas Mann von der AfD distanziert. Wer



Engagierte Diskussion: Der Landesvorsitzende Thomas Mann distanzierte sich und die Europa-Union von der AfD.

AfD-Mitglied sei, könne kein Mitglied in der Europa-Union werden und ein Mitglied der Europa-Union könne kein Mitglied in der AfD sein, sagte Mann beim Jahresauftakt. Vor dem traditionellen Empfang hatten der Landesvorstand und der Landesausschuss ge-



Für den musikalischen Rahmen beim Jahresempfang war gesorgt. Fotos: EUD Hessen

tagt. Dabei verabschiedeten die Delegierten eine Resolution für eine „Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union“. Darin begrüßt die Europa-Union die Absicht der EU-Kommission, eine breit angelegte Diskussion über die künftige Ausrichtung des Staatenbundes zu initiieren. In dem Beschluss heißt es: „Wir benötigen schlüssige Antworten auf globale Herausforderungen, die Bewältigung des

Klimawandels, die Einhaltung internationaler Wettbewerbsregeln und auf soziale Ungerechtigkeiten.“ Ferner werden angemahnt die Anpassung an die digitale Arbeitswelt, innere und äußere Sicherheit, Solidarität bei Migration und Integration sowie die notwendige Verteidigung von Grundrechten und Werten der EU. In die Zielformulierung sollten viele interessierte Bürger eingebunden und Transparenz gezeigt werden.

Rund 70 Besucher konnte der Kreisvorsitzende Sven Ringsdorf beim Jahresempfang begrüßen. Zu den Gästen gehörte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer und der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Matthias Büger.

Die europapolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen kamen zu Wort. Tobias Utter (CDU) sagte: „Wir stehen an einem Punkt, an dem die Aufgaben für Europa immer größer werden.“ Er sprach sich dafür aus klarzustellen, was in Europa gemacht und was vor Ort entschieden werden solle. Utter warnte vor Kräften, die Europa zerstören wollen, weil das Modell von Freiheit und Liberalität ihrem eigenen Modell nicht entspreche. Gemeint war offensichtlich die AfD, die wolle, dass Europa scheitert. Das sei in Thüringen zu sehen, wo die AfD Freude daran habe, die Demokratie zu zerstören. Utter aber sieht in Europa ein großes Potenzial. „Es ist unsere Aufgabe, Europa zu künftssicher zu machen“, so der CDU-Politiker.

Oliver Stirböck (FDP) meinte, dass die Politik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump und der Brexit dazu geführt hätten, dass die Menschen deutlich stärker politisiert leben. Ein weiteres Ergebnis sei, dass sich die Menschen wieder stärker für Europa interessieren. Der Rückzug der Briten aus Europa sei ein Fehler, denn es gebe viele Themen wie die Sicherung der Außengrenzen, die Flüchtlings- und die Klimapolitik, die nur gemeinsam gelöst werden könnten. „Wenn wir Europa wieder groß machen, machen wir zugleich die Populisten kleiner“, so Stirböck. Allerdings müsse jetzt an Europa gearbeitet, es besser gemacht werden. An die Kritiker gerichtet, sagte er: „Europa hat nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert. Das ist uns wichtig.“

Stephan Grüger (SPD) kommentierte, dass mit dem Austritt der Briten das Nicht-

EU-Europa größer geworden sei. Dazu zähle er auch Russland, die Schweiz und Norwegen. Die Europäische Union sei nur so gut wie die Politik, die in ihr gemacht werde. Dabei verwies Grüger auf unterschiedliche Interessen. „EU ist vor allem Außenpolitik und Rechtspolitik“, meinte der SPD-Politiker. Dabei verwies er darauf, dass Deutschland ab Juli die Ratspräsidentschaft übernimmt. Der Koalitionsvertrag sehe vor, dass der Mindestlohn auf europäischer Ebene durchgesetzt werden soll. Deutschland wolle in diesem halben Jahr politische Akzente setzen.

Für den Lahn-Dill-Kreis überbrachte der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Wolfram Dette (FDP) Grüße. Dabei erinnerte er an den vor 70 Jahren entwickelten Schuman-Plan, der bis heute für ein friedliches Miteinander gesorgt habe. Rund 60 Jahre sei die Europäische Union von einem Erfolg zum nächsten geeilt. „Nun ist Europa in eine Situation gekommen, wo es schwieriger wird, von Visionen zu sprechen“, so Dette. Heute müsse man einen Ausgleich schaffen zwischen gemeinsamen und nationalen Werten. Polen habe eine Regierung, die die Unabhängigkeit der Justiz in Frage stellt und damit europäische Werte angreift. In Ungarn werde die Meinungsfreiheit in den Medien bedroht. Er wünsche sich, dass die Europa-Union in die aktuellen Diskussionen wichtige Impulse einbringen könne.

Der Wetzlarer Partnerschaftsdezernent Karlheinz Kräuter (SPD) sagte, Wetzlar sei eine europäische Stadt. weil die Partnerschaften, die Europa-Union und auch die Parteien für Europa werben. Dabei erinnerte er an die jährliche Europawoche. Das Thema Brexit werde ebenso wie die Migration noch ein wichtiges Thema. In ihren Herkunftsländern warteten Millionen junger Afrikaner, um nach Europa zu kommen. Es müsse eine wichtige Aufgabe für Europa werden, den Menschen eine Lebensperspektive in Afrika zu ermöglichen. Die Menschen brauchten vor allem Bildung, betonte Kräuter und warnte: „Wenn es uns in den nächsten zehn Jahren nicht gelingt, kommen große Probleme auf uns zu.“ Dabei gehe es nicht darum, Geld zu geben, sondern Europa müsse sich gemeinsam für die Menschen engagieren. Die anschließende Diskussion wurde von der Goethe-Schülerin Hanna Uckrow geleitet.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Schleswig-Holstein

Klassenfahrten nach Bad Malente

Auch in diesem Jahr machten sich wieder vier Schulklassen auf den Weg nach Bad Malente, um eine spannende „europäische“ Woche zu erleben. Vom 10. bis 14. Februar fanden unsere Europaklassenfahrten statt,



Die „Europaklassenfahrer“ in Malente

Foto: EUD Schleswig-Holstein

die wieder ganz dem Motto „Deine Zukunft – Deine Meinung“ folgten. Los ging es am Montag mit den ersten beiden Klassen, die sich enthusiastisch mit der europäischen „Energie- und Klimapolitik“ auseinandersetzten. Abgelöst wurden sie am Mittwoch von den anderen beiden Schulklassen, die sich nicht minder begeistert mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU beschäftigten. Interaktiv konnten sich die Schülerinnen und Schüler durch unsere Planspiele und Perspektivwechsel in die Positionen der vielen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten hineinversetzen. Dadurch vermochten sie einerseits nachzuvollziehen, wie schwierig es manchmal ist, einen Konsens zu finden, andererseits aber auch verstehen zu lernen, wie wichtig eine europäische Zusammenarbeit doch ist. Highlight unserer Klassenfahrten waren die spannenden Abschlussdiskussionen, in denen die Jugendlichen ihre Meinungen mit Experten und Po-

litikern wie Rasmus Andresen (Grüne/EFA), Delara Burkhardt (S&T), Maximilian Mordhorst (JuLis), Regina Poersch (MdL, SPD) und Alice Katherine Schmidt (JuLis) austauschen konnten. Wir freuen uns, dass wir wieder zwei erfolgreiche Europaklassenfahrten veranstalten durften. Ein Erfolg ist aber nur durch die engagierte Mitarbeit unserer Teamer und durch die begeisterte Beteiligung der Schülerinnen und Schüler möglich. Es ist immer wieder eine Freude für uns, das große Interesse zu entdecken, dass die Jugend für die Europäische Union mitbringt.

Ostholstein

Eine Ära geht zu Ende: Nach fast 34 Jahren übergab Herlich-Marie Todsen-Reese den Vorsitz im Kreisverband Ostholstein. In der ihr eigenen Art hat sie vor den rund vierzig Anwesenden der Jahreshauptversammlung die Höhepunkte ihres Schaffens Revue passieren lassen. Besonders in Erinnerung war ihr der 50. Jubiläumskongress der Eu-

ropa Union Deutschland geblieben, der im Juni 1997 erneut in Eutin abgehalten wurde. In Anwesenheit des damaligen Ehrenpräsidenten der Europa-Union Deutschland und Bundespräsidenten a.D. Walter Scheel sowie zahlreicher weiterer Persönlichkeiten der Zeitgeschichte durfte sie als Kreisvorsitzende ein Grußwort sprechen. „Es war eine Ehre und eine Freude, fast die Hälfte meines Lebens mit dieser so wundervollen, fordernden, aber auch gebenden Aufgabe betraut gewesen zu sein“, zog Todsen-Reese eine positive Bilanz. Zu dieser gehörte unter anderem die Gründung der Ortsverbände Neustadt 2008 und Oldenburg 2013, die Europa Gespräche im Eutiner Schloss, die in 2019 zum 20. Mal in Folge stattfanden sowie die Zusammenarbeit mit Schulen.

Auf Vorschlag Todsen-Reeses und des Kreisvorstandes wurde der Vorsitzende des Ortsverbandes Neustadt in Holstein, Mirko

Schönfeldt, einstimmig bei eigener Enthaltung zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. „Herlich-Marie Todsen-Reese hat so große Fußspuren hinterlassen, dass sie schlicht nicht auszufüllen sind. Deshalb müssen wir in aller Demut vor der großen Aufgabe neue Fußspuren schaffen“, sagte Schönfeldt nach der Wahl.

Die bisherigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden Ingo Gädechens und Regina Poersch wurden genauso in Ihren Ämtern bestätigt wie der Schatzmeister Manfred Breiter, der Schriftführer Jens Junkersdorf sowie die Beisitzer Elisabeth Pflug, Margret Möller, Inge Hermanns und Heike Müller. Mit Bärbel Seehusen und Dr. Heinrich Rathjen haben nach vielen Jahrzehnten zwei hochverdiente Vorstandsmitglieder ihr Engagement beendet und wurden mit großer Dankbarkeit verabschiedet. Dafür wurden



Übernahm den Kreisverband Ostholstein: Mirko Schönfeldt mit seiner langjährigen Vorgängerin Herlich-Marie Todsen-Reese und Reiner Wulff

Foto: EUD Ostholstein

der Vorsitzende des Ortsverbandes Oldenburg i. H. Reiner Wulff und Jürgen Gutzmann aus Malente neu in den Vorstand gewählt.

Der neue Vorsitzende Schönfeldt schloss die Sitzung mit einem Appell an die Anwesenden: „Die Vorzüge Europas sind für viele schon so selbstverständlich, dass die Notwendigkeit übersehen wird, sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Zusammenhaltes in Europa einzusetzen. Wir alle müssen mutig als Multiplikatoren in unserer Gesellschaft wirken, damit die europäische Garantie von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Zeiten europäischer Zentrifugalkräfte auch für die folgende Generation eingelöst werden kann.“

Verantwortlich: Carina Strüh

Berlin

Frauen machen Europa

Zum diesjährigen Internationalen Frauentag wollte die Europa-Union Berlin ein Zeichen setzen und endlich mal eine Veranstaltung ausrichten, wo es nur um starke Frauen und ihr europapolitisches Engagement ging. Als Gesprächspartnerinnen konnten wir drei Frauen Europas gewinnen, die mit uns ihre Wünsche und Ängste über die Europäische Union teilen und sich mit uns über die bevorstehenden Herausforderungen austauschten: Prof. Gudrun Schmidt-Kärner (Präsidentin des Netzwerkes Frauen Europas und Frau Europas 1999), Dr. Linn Selle (Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland und Frau Europas 2014) und unsere Bundesausschussvorsitzende Katharina Wolf (Frau Europas 2019).

Gudrun Schmidt-Kärner erzählte, dass sie schon immer neugierig war und sich nie im Denken einschränken lassen wollte: „Europa ermöglicht einem genau das.“ Die ausgebildete Erzieherin und Professorin für Musikpädagogik setzt sich seit vielen Jahren u. a. für die deutsch-russischen Beziehungen ein. Katharina Wolf wurde als entsendete sächsische Staatsbeamtin in Brüssel vom Europavirus

„infiziert“. Mit dem Gefühl, dass Europa viel näher ist als immer gedacht, stellte sie sich der Pegida-Bewegung in Dresden in den Weg und gründete den sächsischen Landesverband der Europa-Union. Für Linn Selles Generation war Europa quasi das „normale Programm“, aber schnell merkte die Politologin, dass Europa viel zu wichtig ist, um es nur der Politik zu überlassen, und so engagiert sie sich seit vielen Jahren in der JEF und in der EUD.

Trotz einer kleinen Teilnehmerschaft wurde in lockerer Runde zu den unterschiedlichsten Themen diskutiert: die Folgen des Brexit, die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen, wie man noch mehr Leute für Europa-Engagement begeistern kann und vieles mehr. Die drei Frauen Europas waren sich einig, dass in den letzten Jahren vor allem der Zusammenhalt in Europa gefehlt hat und nationale Positionen leider viel zu viel Raum eingenommen haben. Ein Kompromiss wurde nur gefunden, wenn man sich auf den kleinsten Nenner einigen konnte, und als Zivilgesellschaft war man viel zu sehr damit beschäftigt, das Erreichte zu bewahren und nicht neue Ideen und Visionen zu erarbeiten.

Aber die Gesprächsrunde brachte viel Mut Machendes hervor, und das sollte auch das Gebot der Stunde sein: Frei nach Perikles „Das Geheimnis der Freiheit ist Mut“ und „Vielfalt ist Reichtum“ müssen wir weitermachen und



Starke Frauen für Europa: Katharina Wolf (l.), Linn Selle (2. v. r.) und Gudrun Schmidt-Kärner (r.) diskutierten am Frauentag.
Foto: EUD Berlin

Menschen für unsere Themen begeistern. Die Europa-Union und die Jungen Europäischen Föderalisten haben so viel Potenzial, gerade jetzt, wo durch die Fridays for Future-Bewegung nochmal mehr in Gang gesetzt wurde. Wir müssen aufzeigen, dass Klimaschutz nur mit europäischem Handeln zu schaffen sein wird, um somit eine Brücke zu unseren Vereinen zu bauen. Oder beispielsweise die europäischen Städtepartnerschaften mit neuem Leben füllen. Es gilt, den europäischen Spirit mit Emotionen zu wecken, und das geht nur mit Teilen: Meinungen, Erfahrungen und Kultur. Also packen wir es an und holen dabei noch mehr europabegeisterte Frauen mit ins Boot!

Verantwortlich: Katharina Borngässer

Thüringen

Offensiv für Europa werben

Weltoffenheit und Europabegeisterung gehen in der aktuellen politischen Lage auch und gerade von Thüringen aus – das war das Signal, welches wir von unserer Mitgliederversammlung am 18.11. in Erfurt aussenden wollten.

Europa-Staatssekretärin Babette Winter ging in ihrem Grußwort zu Beginn genau darauf ein: Thüringen sei in Europa nun ein Begriff geworden, leider aber mit negativer Konnotation. Umso wichtiger sei es, offensiv für Europa zu werben – und das nicht nur alle fünf Jahre zur Europawahl. Ein Ap-

pell, mit dem Frau Winter bei uns natürlich offene Türen einrennt!

Die Umsetzung dessen obliegt nun dem neu gewählten Landesvorstand: Dr. Claudia Conen wurde als Landesvorsitzende im Amt bestätigt, ebenso wie Andreas Ruf als Schatzmeister. Auch MdEP Marion Walsmann und MdB Gerald Ullrich blieben auf ihren Positionen als stellvertretende Landesvorsitzende. Zusätzlich wurden MdL Madeleine Henfling und der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des deutschen Städte- und Gemeindebundes, Uwe Zimmermann, zu den weiteren Stellvertretern gewählt. Komplettiert wird das Vorstandsteam durch die Beisitzer Holger Holland, Jürgen Meyer, Thomas Philipp Reiter und Mathias Staudenmaier.

Der scheidende Landesvorstand zieht eine positive Bilanz des vergangenen Jahres: Es ge-

lang, den Verband zu stabilisieren und die Zahl der Mitglieder zu verdoppeln! Wir danken dem letztjährigen Landesvorstand für diese geleistete Arbeit in schwieriger Lage und freuen uns auf viele Impulse in der neuen Zusammensetzung!

Verantwortlich: Mathias Staudenmaier



Der neue Thüringer Landesvorstand
Foto: EUD Thüringen

Niedersachsen

Europabildung besser vernetzen

Den Europagedanken in den Schulen erheblich zu stärken, fordert der Landesverband von der Landesregierung. Dazu gehören eine stärkere Verankerung von verbindlichen europabezogenen Inhalten in den Lehrplänen der einzelnen Fächer durch die Schaffung eines neuen „Europa-Curriculums“, welches nicht nur sozialwissenschaftliche Fächer umfasst, sondern auch den MINT-Bereich und den Ausbau von fachübergreifenden Projekten und Projektunterricht zum Thema Europa.

Ferner regt der Landesverband die Einrichtung von Angeboten für Austausch oder Praktika in anderen EU-Mitgliedsländern an, die allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem wirtschaftlichen oder sozialen Hintergrund offenstehen. Die Bereitstellung von Fördermitteln, die ohne größeren bürokratischen Aufwand von den Schulen abgerufen werden können, und die Einbindung der JEF durch das Projekt „Europe@School“, um europaweit Projekte über die EU in Schulen auf den Weg zu bringen, gehört ebenfalls zu den Forderungen unseres Verbandes.

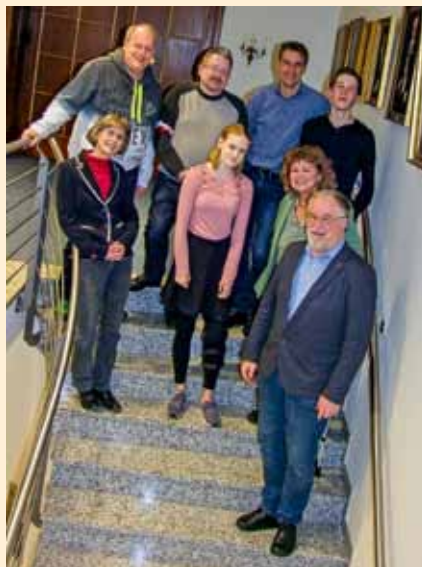
Zudem muss die Landeszentrale für Politische Bildung finanziell und personell besser ausgestattet werden, so dass sie in der Lage ist, dringend benötigtes aktuelles Unterrichtsmaterial und Unterrichtsempfehlungen zum Thema Europa zu entwickeln und bereitzustellen. Letztlich gehört die Schaffung eines Europa-Koordinators als neue Funktionsstelle zur Beratung der Schulen zu Austauschprogrammen, zur Hilfe der Finanzierung dieser Programme, zur Koordination von Wettbewerben und übergreifenden Angeboten wie Europe@School zu den Zielen der Europa-Union, auch um eine Steigerung der Teilnehmerzahlen am Europäischen Wettbewerb zu erreichen.

Die Europa-Union und die JEF bieten der

Landesregierung und dem Kultusministerium ihre Unterstützung bei der Umsetzung der geforderten Punkte an und haben diese bereits auf einem ersten Koordinations-treffen vertiefend diskutiert.

Hameln

Mit verjüngtem Vorstand in neue Projekte: Die bei der Jahreshauptversammlung Ende Februar gezogene Bilanz kann sich sehen lassen. Der Kreisverband Hameln hat im Rahmen des Aktionskomitees Europawahl mit über 30 Informationsveranstaltungen für die Teilnahme an der Wahl geworben. Große Beachtung fand ein Flashmob auf dem Hamelner Pferdemarkt. 2019 wurden sechs Bürgerdialoge durchgeführt, der Vorstand traf



Der neu gewählte Kreisvorstand der Europa-Union Hameln (nicht im Bild Marc Fisser, Jens-Peter Groth und Dr. Rolf Steinbach) Foto: Cord Wilhelm Kiel

sich sechsmal. Die Homepage des Kreisverbandes wurde aktualisiert, sie ist unter der Adresse eu-hameln.de in neuem Design wieder erreichbar.

Im neuen Jahr soll das Engagement des Kreisverbandes mit neuen Ideen und einem verjüngten Vorstand weitergeführt werden. So wurden bei den Vorstandswahlen mit Marit Heinze (17 Jahre) und Moritz Mönckemeyer (19) eine Schülerin und ein Student neu als Beisitzer in dieses Gremium gewählt. Ebenfalls neu ist Cornelia Händchen als Schrift- und Geschäftsführerin. Im Amt blieben Reinhard Burdinski als Vorsitzender,

Cord Wilhelm Kiel und Michael Vietz als stellvertretende Vorsitzende, Dr. Rolf Steinbach als Schatzmeister sowie die Beisitzer Bettina Schultze, Marc Fisser, Jens-Peter Groth und Ole Schütza.

„Frieden und Freiheit sind für uns zur Selbstverständlichkeit geworden, aber das birgt Gefahren und macht unaufmerksam. Denn für Frieden und Freiheit muss ständig gearbeitet werden. Europa braucht unser Engagement“, forderte der alte und neue Kreisvorsitzende. „Wir haben keine Alternative zur Versöhnung und Kooperation mit unseren Nachbarländern. Um unser einzigartiges europäisches Friedensprojekt werden wir weltweit beneidet. Unsere Botschaft muss lauten: Europa – das wollen wir!“

Diepholz

Neujahrsempfang mit Elmar Brok: Zu seinem Neujahrsempfang hatte der Kreisverband ins Rathaus der Stadt eingeladen, und viele Interessierte waren gekommen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Gerhard Thiel zeigte sich der Bürgermeister der Stadt Diepholz, Florian Marré, als überzeugter Europäer und betonte die Verbundenheit der Stadt und ihrer Bürger mit Europa.

Elmar Brok, langjähriger Präsident der Europa-Union Deutschland, hielt einen ernsten, bisweilen auch leidenschaftlichen Vortrag über europäische Probleme und globale Herausforderungen. Der 72-Jährige, der von 1980 bis 2019 im Europäischen Parlament saß, zog die großen Linien europäischer Friedenspolitik nach und warnte eindringlich vor den aktuellen Herausforderungen für das Friedensprojekt. Brok beschwor die europäischen Werte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und benannte sehr eindringlich die Gefahren, die die Europäische Union in Fragen stellen. Mit Blick auf die aktuellen Krisen in Libyen, Iran und Syrien setzte er sich für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ein, verwies dabei aber auch kritisch auf die aktuellen Unzulänglichkeiten der europäischen Armeen und der europäischen Verteidigungspolitik.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Baden-Württemberg

Landesversammlung

Die Landesversammlung 2020 fand in Ravensburg statt. Im Mittelpunkt der Tagung, an der rund 80 Delegierte aus dem ganzen Land teilgenommen hatten, standen Antragsberatungen und Delegiertenwahlen, aber auch ein öffentlicher Festakt. Gastredner war der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Andreas Stoch, der in seiner Rede das Motto der Versammlung „Die Zukunft Europas gehört uns – machen wir etwas daraus!“ aufgriff. Der Politiker, der zudem Vorsitzender der Landes-SPD ist, forderte im historischen Schwörsaal der Stadt, Haltung für Europa zu zeigen. Auch die Vorsitzende der Europa-Union Baden-Württemberg, Evelyne Gebhardt MdEP, und der Erste Bürgermeister der Stadt Ravensburg und EUD-Kreisvorsitzende, Simon Blümcke, gingen in ihren Grußworten auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europa ein.

Parallel fand die Landesausschusssitzung der Jungen Europäer – JEF statt. Im Rahmen von gemeinsamen Workshops behandelten die Delegierten aus Europa-Union und JEF die Themen „Zukunft der EU/Deutsche Ratspräsidentschaft“, „Europäische Klimapolitik“, „Europa und Kommunen“ sowie „Verbandsentwicklung“.

Treffen in Ulm

Die Landesvorstände der Europa-Union Baden-Württemberg und Bayern haben bei einem Treffen in Ulm über die Zukunft der EU, die gemeinsame Verbandsarbeit und die EU-Donauraumstrategie beraten. Unter dem Motto „Europa verbindet“ vollzogen sie bei einer Straßenaktion symbolisch den Brückenschlag über die Donau, die ja nicht nur die beiden deutschen Länder, sondern Europa zwischen West und Ost verbindet. Nach der gemeinsamen Vorstandssitzung fand eine Podiumsdiskussion im Haus der Donau zum Thema „Perspektive Donauraum – wie soll die Zusammenarbeit in Zukunft aussehen?“ statt. Teilnehmer waren der Erste Bürgermeister der Stadt Ulm, Martin Bendel, der Landesvorsitzende der Europa-Union Bayern, Markus Ferber MdEP, der Leiter der Donau-

Akademie, Peter Langer, sowie Werner Henn, SWR-Journalist und Kreisvorsitzender der Europa-Union Baden-Baden/Rastatt.

Neujahrsempfang

Beim traditionellen Neujahrsempfang der Europaverbände wiesen die Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP und Europaminister Guido Wolf MdL auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europa hin: „Nur ein gemeinsames Europa ist ein gutes Europa, und ein gemeinsames Europa ist unser Europa“, so die beiden Politiker. Vor rund 300 Gästen wurde im Neuen Schloss nicht nur das europapolitische Jahr 2020 eingeläutet, sondern auch die Preisträger des Stifterpreises „euRobi“ der Europäischen Bewegung ausgezeichnet.

Junge Europäer – JEF

Treffen in Straßburg: Der Trinationale Rat der JEF Oberrhein traf sich zu seiner ersten Sitzung in Straßburg, um über die Aktivitäten dieses grenzüberschreitenden Zusammenschlusses zu beraten. Zusätzlich nahmen die Mitglieder des Trinationalen Rates an einem grenzüberschreitenden Seminar zur Jugend am Oberrhein in den Räumen der Région Grand Est teil und stellten die JEF Oberrhein vor.

Reaktiviert: Unter dem Vorsitz von Daniel Krusic hat sich ein neues Team zusammengefunden, um den KV Esslingen zu reaktivieren. An der Kreisversammlung in Nürtingen nahmen auch der JEF-Landesvorsitzende Alexander Holder und der EUD-Kreisvorsitzende Michael Roth teil.

Karlsruhe

EZB-Besuch: Eine Tagesfahrt des KV Karlsruhe führte nach Frankfurt am Main. Auf dem Programm stand ein Besuch der Europäischen Zentralbank mit Informationen über die europäische Geldpolitik ebenso wie ein Gang durch die neue „historische“ Altstadt und das Erinnern an Johann Wolfgang von Goethe, einen der berühmtesten Frankfurter.

70 Jahre Schuman-Erklärung: Die Europa-Union erinnerte mit einer Vor-

tragsveranstaltung an das 70. Jubiläum der Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman zur Gründung der Montanunion. Der Historiker Dr. Reinhard Schneider erläuterte den Lebensweg von Robert Schuman sowie Hintergründe und Folgen der Erklärung.

Breisgau-Hochschwarzwald

Neuer Regionalverband: Nach der Selbstauflösung des Ortsverbands Staufen-Münstertal wurde nun der Regionalverband Südlicher Breisgau ins Leben gerufen. Vorsitzender ist Martin Singler. Rund 50 aktive Mitglieder nahmen am Neujahrsempfang des neuen Regionalverbands in Münstertal teil, auf dem unter anderen das Jahresprogramm für 2020 vorgestellt wurde.

Kehl

Bürgerdialog: Unter dem Motto „Europa – Wir müssen reden!“ war die Reihe bundesweiter Bürgerdialoge des Bundesverbands in Kehl zu Gast. An drei Thementischen konnten die Teilnehmenden ihre Fragen und Meinungen miteinander und mit Experten und Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutieren. Dafür standen die Europaabgeordneten Rainer Wieland und Michael Bloss, der Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, Joachim Menze, Karolina Wojtal vom Europäischen Verbraucherzentrum, Franz-Xaver Faißt von Verdi und Andreas Volkert von den Badischen Stahlwerken Rede und Antwort.

Heilbronn

Prag-Reise: Der Kreisverband entsandte eine Abordnung nach Prag, um zum einem die Verbindung zur UEF Tschechien zu vertiefen sowie die Verbindung zur JEF Tschechien aufzunehmen. So konnten Reiseteilnehmer mit dem UEF-Vorsitzenden der Tschechischen Republik, Ivo Kaplan, dem JEF-Vorsitzenden Jiri Poupa, der Präsidentin von Pulse of Europe Marcela Pekniková und ihrem Generalsekretär Tomáš Peszynski diskutieren und die jeweiligen Erfahrungen austauschen. Daneben gab es auch Gelegenheit zur Besichtigung des historischen Prag.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Nordrhein-Westfalen

Europa in die Landesverfassung!

Mit einer Kampagne auf Social Media sowie intensiven Gesprächen mit Landespolitikern streben die Landesverbände von JEF und Europa-Union einen Europa-bezug in der Landesverfassung an. Europa spielt eine zentrale Rolle in Nordrhein-Westfalen, und das größte deutsche Bundesland ist zugleich ein wichtiger Teil Europas. Zudem ist das Bundesland mit seiner Lage im Herzen des Kontinents sowie seiner Grenze zu Belgien und den Niederlanden auf eine enge europäische Zusammenarbeit besonders stark angewiesen. Das Bundesland unterhält eine eigene Vertretung in Brüssel, ist Mitglied im Ausschuss der Regionen und hat mit Dr. Stephan Holthoff-Pförtner einen eigenen Europa-Minister. Dennoch fehlt bis heute ein klares Bekenntnis zur EU in der Landesverfassung. Das wollen JEF und EUD-NRW jetzt ändern.

Monheim

Europa am Scheideweg: Der Brexit, der mittelfristige Finanzrahmen der EU und die erlebnisreichen Wochen des Parlaments nach der Europawahl standen im Mittelpunkt eines Abends mit der sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Petra Kammerevert.



Das Erasmus-Programm der EU darf nicht gefährdet werden, darüber war man sich bei der Europa-Union Monheim einig: Mitglieder des Kreisvorstands mit MdEP Petra Kammerevert

Foto: privat

Für die neue EU-Kommission sieht sie eine Fülle von Aufgaben, die es zu meistern gilt. Ein wichtiger Punkt ist der Brexit. Ein Austritt Großbritanniens ohne Vertrag würde nicht nur dazu führen, dass von heute auf morgen Zölle auf alle Waren fällig und Einreisende an den Grenzen kontrolliert würden. Er würde auch das Erasmus-Programm bedrohen, eine der vielleicht erfolgreichsten Errungenschaften der EU. Mehr als vier Millionen Studierende haben seit 1987 mit einem Stipendium eine Weile an einer Uni im Ausland gelernt, allein 650 Tausend Teilnehmer kamen aus Deutschland. Längst gehen mit dem Programm auch Schüler, Azubis und Dozenten über die Grenze. Dieses Projekt darf aus Sicht der Referentin auf keinen Fall in seiner Substanz gefährdet werden.

Ein weiteres Problemfeld sind die im mittelfristigen Finanzrahmen (2021–2027) noch nicht abschließend geklärten Zahlungen der Mitgliedsländer an die Union: Die Mitgliedstaaten der EU beharren auf der Begrenzung der Zahlungen auf 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens – der Austritt der Briten und neue Aufgaben der Union machen aber höhere Zahlungen erforderlich.

Im Mittelpunkt der nachfolgenden lebhaften Diskussion standen Bildungsfragen und Verstöße der Polen und Ungarn gegen EU-Rechtsnormen. Da sich Polen und Ungarn gegenseitig stützen, sieht die Referentin wirksame Gegenmaßnahmen darin, dass die EU Förderprojekte in beiden Ländern in Eigenregie übernimmt.

Siegen-Wittgenstein

Europa – Schon lange die Zukunft! Die Ideengeschichte des vereinten Europas stand im Mittelpunkt einer Podiumsveranstaltung, zu der der Kreisverband in die Siegener Bismarckhalle eingeladen hatte. Unter Moderation von Nikolai Edinger diskutierten die Literaturhistorikerin Prof. Dr. Walburga Hülk-Althoff und der stellvertretende Landesvorsitzende Markus Thürmann. Ihr Fazit: Europa ist schon lange die Zukunft und wird es auch noch lange bleiben.

In der lebendigen Diskussion verfolgte man die Entwicklung der Europäischen Idee nicht nur chronologisch, sondern zog auch immer wieder Parallelen zwischen heutigen Gedanken und Denksätzen im Laufe der Geschichte. Wenn heute etwa von einigen Akteuren die Identität Europas teilweise an der Religion festgemacht wird, so stützt sich dies auf Ideen des Mittelalters, in welchem sich Europa oftmals als christliche Weltregion verstand.

Aber auch säkulare und republikanische Gedanken zu Europa gibt es nicht erst seit dem 20. Jahrhundert. Bereits kurz nach der französischen Revolution wurden in philosophischen Kreisen Frankreichs entsprechende Diskussionen geführt. Oftmals natürlich unter der Annahme einer starken Rolle Frankreichs in einem neuen System, mit Paris als Hauptstadt eines einigen und fortschrittlichen Europas.

Doch viele dieser Debatten waren vor allem ein Diskurs unter Gelehrten und einigen wenigen Interessierten, der zum damaligen Zeitpunkt keine Wirkung in der breiten Bevölkerung zeigte. Diese Bewegung nahm erst richtigen Schwung auf, als nach den Schrecken zweier Weltkriege Modelle gesucht wurden, um dauerhaft ein Zusammenleben der Völker und Nationen Europas in Frieden und Wohlstand zu ermöglichen. Aus diesen Bewegungen heraus entstand die moderne Europäische Union, aber auch unser Verband.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schließlich war die Europäische Einigung oftmals von einer wohlwollenden gesellschaftlichen Haltung begleitet, welche der Politik erlaubte, tiefere Integrationsschritte zu vollziehen. Frieden und Freizügigkeit wurden für viele selbstverständlich. Erst in der jüngeren Vergangenheit kommt es wieder zu ernsthaften politischen Auseinandersetzungen über den Pfad Europas, wie dies beispielsweise in der Brexit-Entscheidung zum Ausdruck kommt. Aber auch pro-europäische Kräfte organisieren sich in neuer Art, beispielsweise als Pulse of Europe. Europa bleibt spannend und die Zukunft allemal.

Verantwortlich: Bernd Weber

Mecklenburg-Vorpommern

Europäischer Wettbewerb

Unter dem Motto: „EUnited – Europa verbindet“ stellte die 67. Runde des Europäischen Wettbewerbs eine Einladung an Schülerinnen und Schüler dar, sich in künstlerischer oder auf wissenschaftliche Art auf das zu besinnen, was uns in Europa verbindet, von gemeinsamer Leseerfahrung bis hin zu Frieden und der Wertschätzung für unseren Planeten. Sich aktiv für die Zukunft Europas einzusetzen ist gerade auch für Kinder und Jugendliche eine Chance zur Übernahme von Verantwortung und zur Teilhabe am Projekt Europa.

Die Themen konnten in fünf Modulen völlig frei bearbeitet werden. Ob Bild, Collage oder Text, selbstkomponierte Musik, Comic oder Bildergeschichte, Rede oder Poetry Slam, Skulptur oder Street Art, Video, Social Media, Kunst, Plakatserie oder Theaterstück – der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Die Themen konnten auch grenzüberschreitend mit Partner-Klassen in e-Twinning-Projekten erarbeitet werden.

Die einzelnen Module waren auf die verschiedenen Klassenstufen ausgerichtet, die Themen sehr vielfältig, so zum Beispiel „Ein Tag ohne Handy“, „Mein europäisches Schaufenster“, „Klima in Europa“, „Das gemeinsame Haus Europa“, „Streitkultur“ oder „Visionen für Europa“.

Für die besten eingereichten Arbeiten gibt es Preise auf Landes- und auf Bundesebene. In Mecklenburg-Vorpommern, wo der Wettbewerb von der Europa-Union durchgeführt wird, haben zahlreiche politische und gesellschaftliche Akteure (Minister, Landräte, Bürgermeister und andere) Preise dafür gestiftet. Der Landesverband hat fünf Preise ausgelobt und war Mitglied der Jury für die Auswahl der eingereichten Arbeiten für die Bundesebene. Insgesamt haben im Land 2.919 Schülerinnen und Schüler am Wettbewerb teilgenommen.

Die Arbeiten waren breit gefächert, fantasievoll und einige von hohem künstlerischen bzw. wissenschaftlichen Wert. Es war eine Freude zu sehen, mit wie viel Engagement und welch hohem Anspruch die Schülerinnen und Schüler sich mit dem Themen Europa und Europäische

Union befassen haben – angefangen von Alltagserfahrungen über spezifisch ästhetische Ausdrucksformen bis hin zur einer mathematisch-statistisch begründeten außenpolitischen Strategie der EU.

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth



Europa-Union
Deutschland

Impressum

2/2020

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4.5.2020
Annahmetermin für Ausgabe 3/2020: 25.5.2020
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>



Die Auswahl der besten Arbeiten war für die Jury nicht leicht!

Foto: EUD Mecklenburg-Vorpommern

Rheinland-Pfalz

EUnited – Europa verbindet!

Am 5. Februar traf sich die Jury für den 67. Europäischen Wettbewerb im Kreishaus Bad Ems, um die eingereichten Kunstwerke zu sichten und zu bewerten. Die teilweise hervorragenden Arbeiten machten es der Jury nicht leicht, die Siegerinnen und Sieger zu ermitteln. Sieben Schulen im Rhein-Lahn-Kreis beteiligten sich mit 215 Arbeiten am Wettbewerb. Auf Grund des im vergangenen Jahr eingeführten digitalen Anmeldesystems schrumpfte bereits beim Europäischen Wettbewerb 2019 die Anzahl der eingereichten Werke schlagartig um ca. 50 Prozent. Auch in diesem Jahr setzte sich die negative Entwicklung leider fort. Der Kreisverband Rhein-Lahn bedauert sehr, dass die Erfolgsgeschichte „Europäischer Wettbewerb“ auf diese Weise gestoppt wird.



Europa ist bunt! Marlise Korte, Claudia Jäger, Doris von der Brüggen, Benjamin Braun, und Mechthild Schmidt (v. l.) hatten als Juroren beim Europäischen Wettbewerb viel zu tun.

Foto: Uwe Rindsföber, Pressestelle Kreisverwaltung Bad Ems

Die Preisverleihung findet am 3. Juni 2020 im Rahmen einer Feierstunde im großen Saal des Kreishauses Bad Ems statt. Die Schirmherrschaft hat wie in jedem Jahr der Landrat des Rhein-Lahn-Kreises, Frank Puchtler.

MdEP kooptiert

Der Landesvorstand führt die Reihe der Kooptationen fort und freut sich jetzt, die



Der Landesvorstand mit dem neuen kooptierten Mitglied Christine Schneider MdEP (4. v. r.)

Foto: Esther Pasternak

erste EU-Parlamentarierin in den eigenen Reihen zu haben. Seit Januar 2020 ist die frisch gewählte Europa-Abgeordnete Christine Schneider mit einhelliger Zustimmung aller Mitglieder des Landesvorstands kooptiert. Dies zeigt, wie sehr der Landesverband sie und vor allem ihr langjähriges Engagement für Europa schätzt. Schon seit ihrem 14. Lebensjahr ist Christine Schneider Mitglied in der Europa-Union. Im Landesvorstand wird sie wertvolle Arbeit leisten, auf die sich alle Mitglieder schon sehr freuen.

Start war. Der Schwerpunkt lag vor allem darin, noch mehr Kooperationen anzustreben und alle Partner im Bündnis in ihrer Arbeit für die Erhaltung unserer Demokratie zu unterstützen.

Verantwortlich: Lisa Mandau

Bündnis „Demokratie gewinnt“

Seit 2019 ist unser Landesverband Mitglied im rheinland-pfälzischen Netzwerk „Demokratie gewinnt“. Dort engagieren sich rund 40 weitere Organisationen, um junge Menschen frühzeitig an Demokratie, Beteiligung und freiwilliges Engagement heranzuführen. Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Malu Dreyer will das Bündnis dazu beitragen, die Lern- und Lebensorte von Kindern und Jugendlichen demokratisch und partizipativ zu gestalten, damit sie von klein auf demokratische Haltungen und Kompetenzen erwerben können. Am 6. März veranstaltete das Bündnis eine Klausurtagung, bei der auch die Europa-Union mit am





Mein Europäischer Moment

Gemeinsamkeit erleben

Den „Tag des Gedenkens und der Versöhnung“ gibt es seit 25 Jahren in der Stadt Gorzów Wielkopolski (ehemals Landsberg/Warthe). Kommunalpolitiker organisieren ihn immer Ende Januar und laden frühere deutsche Bewohner zu Begegnungsveranstaltungen ein. Dieses Mal war ich, selbst Kind dieser Stadt, dabei.

Die Feierlichkeiten fanden auf dem Plan Grunwaldski statt mit Reden von Vertretern der Kommunalbehörden und von deutschen Gästen. Dann läutete die „Friedensglocke“, die die Inschrift „Pokoj – Pax – Frieden“ und die Schlusszeile von Schillers „Lied von der Glocke“ trägt: „Freude dieser Stadt bedeute, Friede sei ihr erst Geläute“. Den Nachmittag füllte eine

Veranstaltung in der modernen Stadtbibliothek unter dem Motto „Gorzów/Landsberg: Erinnerung bewahren – Zukunft gestalten“.

Im Mittelpunkt stand der Friedensgedanke. Appelliert wurde an die ehemaligen Landsberger und ihre Nachkommen sowie an die heutigen Bewohner von Gorzów, sich die eigene Geschichte der schon über 760-jährigen Stadtentwicklung zu bewahren und auch bewusst zu machen. Und schließlich betonten alle Sprecher eindrucksvoll, dass wir den Zusammenhang des Regionalen mit den übergeordneten Strukturen bis zur europäischen Ebene pflegen müssen. Im Vordergrund stand die Aussage: Wir haben alle, ob Polen oder Deutsche, eine gemeinsame, wenn auch manchmal schwierige, europäische Vergangenheit; wir gestalten gemeinsam eine komplizierte europäische Gegenwart; wir wünschen uns alle eine gemeinsame europäische Zukunft in Frieden und Freundschaft.

Diese Betonung der Gemeinsamkeit war für mich ein hervorzuhebendes europäisches Erlebnis – gerade mit Blick auf die deutsch-polnischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart.

Joachim Gasiecki, EUD Neubrandenburg



Brückenschlag aus einer schwierigen Vergangenheit in eine gemeinsame Zukunft: Das erlebte Joachim Gasiecki in Gorzów Wielkopolski.

Foto: Michal Gorski / CC BY-SA 3.0

Wann hatten Sie zum letzten Mal einen „Europäischen Moment“?

Beschreiben Sie ihn doch kurz (bis 500 Zeichen) oder etwas länger (bis 1200 Zeichen inkl. Leerzeichen)! Wir werden Ihre Erlebnisse in loser Folge veröffentlichen – gerne auch mit Foto. Einsendungen bitte an redaktion@europa-aktiv.de.

Wir freuen uns auf Ihre Erlebnisse! ✨

Lockdown – Was tun?

So viel Zeit zuhause – was tun damit? Die „Europa-aktiv“-Redaktion hat ein paar Ideen für gute Bücher und Filme gesammelt:



Filmtipp: Unsichtbare Heldinnen (Hidden Figures)

Wussten Sie, dass „Computer“ früher Menschen waren? Die US-Weltraumagentur NASA beschäftigte bis Mitte der 60er-Jahre viele Frauen („Computer“ genannt!), die beispielsweise Flugbahnen und Landezonen berechneten. Erst später wurden bei der NASA Computer im heutigen Sinne eingesetzt. Der Film beruht auf einer wahren Begebenheit und erzählt die Geschichte dreier Afroamerikanerinnen, ohne die Neil Armstrong niemals auf dem Mond gelandet wäre. Drei

starke Frauen, die in Zeiten der Rassentrennung und des Kampfes um Emanzipation der NASA zum Durchbruch in der bemannten Raumfahrt verhalfen – jede auf ihre Weise: Dorothy Vaughn brachte den ersten IBM-Computer zum Laufen, was den männlichen Kollegen nicht gelang, und Katherine Johnson war die Einzige, die Landezonen für Astronauten errechnen konnte.

Ein Film, der zeigt, was unter schwierigen Umständen möglich ist, wenn man nicht aufgibt und an sich glaubt. „Unsichtbare Heldinnen“ macht Hoffnung und ist gute Unterhaltung.



Buchtipps: Haltet Euer Herz Bereit

Maxim Leo erzählt die Geschichte seiner Familie und berichtet anschaulich aus deren Alltag in der DDR. Dabei spiegelt sich die Geschichte der DDR in den Familienmitgliedern wider. Von der Großelterngeneration, die sich am Aufbau der DDR beteiligte und fest an eine neue und gerechte

Gesellschaftsordnung glaubte, bis hin zur Enkelgeneration, die nur raus wollte aus der Enge der DDR. „Maxim Leo erzählt liebevoll und mitreißend, was die DDR zusammenhielt und was sie schließlich zerstörte“, steht im Klappentext, und das stimmt.

Dieses Buch ist Pflichtlektüre für alle, die die DDR nicht erlebt haben, und bietet dabei große Unterhaltung.



Buchtipps: Blue River, Black Sea

Die Donau ist Europas Amazonas. Sie fließt durch mehr Länder als jeder andere Fluss der Erde. Andrew Eames, ein britischer Journalist, radelt sie entlang: von der Quelle im Schwarzwald bis zur Mündung am Schwarzen Meer. Unterwegs trifft er Autobauer und Hohenzollern, Habsburgerinnen und Kommunisten, serbische Kapitäne und transsilvanische Dörfler. Bunte Szenen und Eindrücke aus dem Herzen Europas – perfekt fürs „armchair travelling“ in diesen Zeiten! ■

Wir schaffen es nur zusammen

Solidaritätsaktion vor der Italienischen Botschaft in Berlin

Ein starkes Zeichen für europäische Solidarität setzten die Europa-Union Berlin und die Junge Europäische Bewegung gemeinsam mit der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen am 22. April in Berlin. Vor der Italienischen Botschaft breiteten sie eine große EU-Fahne und ein Banner mit dem Slogan „Wir schaffen es nur zusammen! / Ce la faremo solo insieme!“ aus. Viele Berlinerinnen und Berliner, darunter auch Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Europäischen Parlament, kamen im Laufe des Tages vorbei und fügten ihre persönlichen Solidaritätsbekundungen hinzu. Am Vortag des EU-Gipfels sandten sie damit ein starkes Signal an die Staats- und Regierungschefs und an die Menschen in Italien für mehr Zusammenhalt in der Corona-Krise.



„Wir kümmern uns drum“, verspricht dieses Schild bei der Solidaritätsaktion vor der Botschaft der Italienischen Republik. Foto: JEB



Ziehen an einem Strang: EUD-Vizepräsidentin Gabriele Bischoff MdEP (l.) und Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vorsitzende der Europa-Union Berlin Foto: EBD



Solidarität so weit das Auge reicht: Aktionsbanner am Tagesende

Foto: JEB

„Uns beunruhigt die Situation in Italien und wir sehen es mit großer Sorge, dass sich derzeit offenbar viele Italiener enttäuscht von der EU und ihren Mitgliedstaaten abwenden. Dabei ist klar, dass wir nur gemeinsam gut aus dieser Krise kommen. Es braucht jetzt mehr denn je echte europäische Solidarität, und wir müssen besonders betroffene Länder wie Italien unterstützen“, schrieben die Initiatoren in ihrem gemeinsamen Aufruf. Ins Leben gerufen wurde die Aktion von der Europa-Union Berlin, der Jungen Europäischen Bewegung, Pulse of Europe, der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe im Bundestag, der Verei-

nigung Deutsch-Italienischer Kultur-Gesellschaften und weareinthis.together.eu. „Mit der Aktion wollen wir ein starkes Zeichen europäischer Solidarität an die Menschen in Italien senden. Sie brauchen dringend unsere Unterstützung und ein Zeichen des Mutmachens, insbesondere aus unserem Land“, sagte Sylvia-Yvonne Kaufmann, Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.

Der italienische Botschafter Luigi Mattiolo war vor Ort dabei und zeigte sich erfreut über die Aktion. Für den Bundesverband der Europa-Union nahmen Vizepräsidentin Gaby Bischoff MdEP und Generalsekretär

Christian Moos an der Aktion teil. Die Europäische Bewegung Deutschland war durch EBD-Präsidentin Linn Selle und Generalsekretär Bernd Hüttemann vertreten, die JEF Deutschland durch ihren Bundesvorsitzenden Malte Steuber. Unter den anwesenden Abgeordneten waren unter anderem Franziska Brantner MdB, Martin Schulz MdB und Hildegard Bentele MdEP.

Mit Blick auf die Social-Distancing-Regeln erstreckte sich die Aktion über den ganzen Tag. Auf diese Weise konnten sich viele Menschen beteiligen und trotzdem den Mindestabstand einhalten. ■